

**Öffentliche Sitzung**  
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 04.03.2020  
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse bis 18:25 Uhr.

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Ortsvorsteher/in**

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk bis 17:57 Uhr.

**CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Alexander Hamler

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr René Bantel ab 17:08 Uhr.

Herr Zeno Buillon

Herr Alexander Groll von 17:43 Uhr bis 18:11 Uhr.

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Friedrich Mayer

Herr Helmut Ott

Herr Bernd Raubal

bis 17:43 Uhr.

Herr Michael Schaumann

ab 18:04 Uhr.

**Gast**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Herr Stadtrat Paul Schneider

**Abwesend:**

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

entschuldigt,

## Tagesordnung

=====

- 1** Allgemeine Information zum Verkehrslärm und zur Lärminderung
- 2** Mehr Sicherheit für Kinderspielplätze
- 3** Aktuelle Informationen und Ausblick Eurotech
- 4** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E II "Strutfeld Gewerbe 3. Erweiterung", Gemarkung Bargau  
- Entwurfsbeschluss
- 5** Feststellung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung, Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
- 6** Vergabe der Grünflächenpflege 2020 bis 2022
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 8** Bekanntgaben
- 9** Anfragen
- 9.1** Corona-Virus - Maßnahmen in den Schulen
- 9.2** Bebauung Zeppelinweg
- 9.3** Lärmaktionsplan

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Allgemeine Information zum Verkehrslärm und zur Lärminderung**  
**Vorlage: 036/2020**

**Protokoll:**

Erster Bürgermeister Dr. Bläse führt in den Sachverhalt ein.

Herr Raubal präsentiert den Lärmaktionsplan (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass es die Aufgabe des Gemeinderats sei, einen Lärmaktionsplan zu beschließen. Aus Kosten- und Nutzensicht wolle man auf die Tempolimits setzen.

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für den Vortrag. Er äußert jedoch kritische Anmerkungen: Zum einen sei die Überquerung der B10 über Schwäbisch Gmünd sei ein Ärgernis, das könne nicht sein, das andere Städte es verbieten und wir nicht. Er sei dafür, dass dies wieder aufgemacht werde und sich der Verkehr mehr verteile. Zum anderen solle der LKW-Verkehr, der von Degenfeld nach Bettringen fließe, Richtung Bargau abgeführt werden. Das sei nicht berücksichtigt worden. Die Rechbergstraße sei eine gefährliche Straße, hier müsse man etwas machen. Viele hätten jedoch schon Lärmschutzfenster einzubauen, das sei das Beste, was man machen könne. Auch bei Wohnhäusern müsse man die Räume entsprechend verlegen, das müsste sich der jeweilige Eigentümer überlegen. Man müsse in den betroffenen Straßen ein Programm für die Erneuerung der Fenster auf den Weg bringen, das sei billiger und besser als ein neuer Belag. Man müsse noch mehrere Aspekte wie die vorgetragenen beachten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Man müsse klar nach außen tragen, wer die Leidtragenden seien. Nach denen müsse man nun schauen, dazu sei man verpflichtet. In der Innenstadt habe man nicht viele Möglichkeiten, Lärmschutzfenster seien sehr teuer. Beim Neubau müsse man sie selbst bezahlen, wenn man nun Lärmschutzfenster an bestimmten Stellen fördere, sei dies keine Gleichbehandlung. Als nächstes benötige man einen Plan über die Stadt, wo Tempo 30 und wo Tempo 40 gehen würde. Außerdem müsse man sich fragen, was man sich leisten könne. Des Weiteren müsse man auch an eine Aufenthaltsqualität im Freien denken, hier nützten Lärmschutzfenster nichts. Mit Tempo 30 sei man auf dem richtigen Weg.

Stadtrat Zengerle/SPD schließt sich seinen Vorrednern an und möchte auf die Details aus den Ortschaften warten.

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die Lärmbetroffenen seien überwiegend sozial Schwache, das müsse man bei den Maßnahmen beachten. Wenn man einen Plan erstelle, müsse die Lärmsituation genau untersucht sein. Er halte daher die Vorlage für nicht aussagekräftig. Man müsse auf die Internetseiten der Landesanstalt für Umwelt gehen, bei unserer Lärmkarte könne man nicht hinein zoomen, bei der der Landesanstalt hingegen schon. Auf der Lärmkarte 2017 befinden sich sechs Schulen, zwei davon sogar im gesundheitsgefährdeten Bereich. Er möchte wissen, welche Schulen dies seien. Andere Kommunen in vergleichbarer Größe hätten dies in solchen Bereich nicht. Er wünscht, die Berechnungen zur Verfügung zu stellen, man solle die Öffentlichkeit durchgängig einbeziehen. Außerdem sei er überrascht, dass man 2016 beschlossen habe, einen Lärmaktionsplan zu erstellen und bisher immer noch keiner zu Stande gekommen sei. Es sei zu befürchten, dass viele Tempo-30-Zonen nicht genehmigungsfähig seien. Beim Konzept 2, das dann durchgeführt werden solle, betreffe dies auch eine ganze Reihe von sozial schwachen Menschen. Lärmschutzfenster seien die Kapitulation. Man müsse alle Maßnahmen durchführen, um den Lärm insgesamt zu reduzieren.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schließt sich den Vorrednern an. Es solle durchgängiges Rollen möglich sein, sodass man nicht immer hin- und herschalten müsse. Sie sehe es positiv, dass die Elektromobilität komme. Mit dem Lärmschutzfenster habe sie ein Problem. Bei Altbauten brauche man trotzdem eine Luftzufuhr, dann müsse man nachts das Fenster aufmachen. Sie finde daher die Möglichkeit besser, den ÖPNV zu fördern. Man müsse schauen, was in welcher Straße möglich sei und was man nacheinander umsetzen könne.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste äußert, dass ein generelles Tempo 30 Aggressionspotenziale berge. Man habe ein LKW-Problem, diese 70 db stammen nicht vom Autoverkehr, der LKW-Schwerlasttransport verursache den meisten Lärm. Die Fahrzeuge seien mittlerweile so leise, dass man sie akustisch verstärken müsse. Bei der B298 sei das Problem die Ampelanlage an der Becherlehenstraße. Man solle den ÖPNV fördern, hier stecke Potenzial. Schallschutzfenster seien nicht mehr so teuer.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW teilt die Ausführungen. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage sei die Vorgehensweise zu begrüßen, zunächst mit kostengünstigen oder -neutralen Maßnahmen den Schall zu begrenzen bzw. zu reduzieren. Die Schallentwicklung könne heute eine andere sein als vor fünf Jahren, daher sei es sehr sinnvoll, wenn man an ausgewählten Punkten nochmals Lärmmessungen mache. Der technische Fortschritt sei da, die Fahrzeuge werden leiser, das dürfe man nicht außer Acht lassen. Auf der B29 Tempo 30 einzuführen, sei nicht begrüßenswert, hier solle man auch den Bund in die Pflicht nehmen hinsichtlich Schallschutzmaßnahmen.

Herr Raubal antwortet auf die Frage von Stadtrat Dr. Benk/Die Linke, dass die Landesanstalt eine aktualisierte Karte herausgegeben habe, diese sei auch allgemein verfügbar. Das Bild sei ein Screenshot der Karte, er gebe den Link gerne weiter, sodass man sich in die einzelnen Straßen reinklicken könne. Für den Hinweis im Hinblick auf die Schulen sei er sehr dankbar. Die Berechnungen seien umfangreiche Excel-Tabellen. Er lädt Stadtrat Dr. Benk/Die Linke ein, bei ihm vorbeizuschauen. Welche Schulen betroffen seien, müsse man nachschauen. Bei der B298 tauche Tempo 30 nicht auf, die B29 sei auch nicht mit drin.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man nun in die Teilorte gehen werde. Mit den zusammengefassten Maßnahmen werde man dann in den Gemeinderat zur Beschlussfassung kommen.

Stadtrat Fritz/Die Linke fragt nochmals nach dem Umgang mit Lärmschutzfenstern. Wenn man im Altbau Lärmschutzfenster nachrüste, könne der Vermieter das zu 100% auf den Mieter umlegen? Bei Tempo 30 oder Tempo 40 sei man ja nicht bei Wunsch-dir-was, sondern man müsse das dann umsetzen. Es habe langfristige Auswirkungen. Wenn man sich bspw. in der Weißensteiner Straße überlege, wie man das mit den Radfahrern hinbekomme, könne man das direkt berücksichtigen und diese dort bei Tempo 30 mitführen und Geld sparen. Er möchte wissen, wie lange es dauere, bis man eine Rückmeldung vom Regierungspräsidium bekomme.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass man passive Lärmschutzmaßnahmen nicht verpflichtend einführen könne. Wenn man nichts Anderes habe, müsse man schauen wie man entsprechende Anreize schaffe. Die Karte werde man zur abschließenden Besprechung mitbringen. Bis Pfingsten wolle man soweit sein, je nachdem wie man mit den Ortschaftsräten vorankomme. Das Regierungspräsidium werde erst nach der Beschlussfassung durch den Gemeinderat beteiligt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66

nachrichtlich an Amt:

## zu 2 **Mehr Sicherheit für Kinderspielplätze** **Vorlage: 042/2020**

### **Protokoll:**

Bürgermeister Mihm führt in den Sachverhalt ein. Ein Mitarbeiter werde alle zwei Wochen die Spielplätze überprüfen, die Mitarbeitenden würden auch ständig geschult. Wenn man Spielplätze neu anlege, werden diese vom TÜV oder der DEKRA abgenommen. Beim Schindelackerweg werden keine weiteren Maßnahmen vorgeschlagen, bei anderen hingegen schon. Dies liege daran, dass sich die Welt weiterentwickle. Es mache einen Unterschied, ob man die TÜV-Abnahme im Sommer oder im Winter mache. Man schaue sich immer den Gesamtzusammenhang an. Er erläutert, dass bei Spielplätzen so viel Sicherheit wie nötig und so wenig wie möglich hergestellt werde. Das sei nötig, damit die Kinder lernen müssen, mit den vielfältigen Anforderungen umzugehen. Den Spielplatz beim Schindelackerweg wollte man schön gestalten. Hinter dem Zaun gebe es noch 4m Wirtschaftsweg, dann komme die Böschung, die nicht sehr steil sei. Die Gewässertiefe spiele eine Rolle, unter 20 cm sei man sicher, die Rems sei genau 20 cm tief. Daher sei der Spielplatz sicher, da alle Parameter eigentlich eine Verunglückung ausschließen. Dennoch werde man an dem Spielplatz etwas machen, um ein Zeichen zu setzen. Dabei werde man aber darauf achten, dass der ursprünglich geplante charmante Spielplatz erhalten bleibe.

Herr Bouillon erläutert die untersuchten Spielplätze anhand der Lagepläne. (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man sei sehr dankbar, dass die Spielplätze überprüft worden seien. Auch mit dem Ergebnis sei man sehr zufrieden, man habe auch viele Spielplätze ohne Mängel. Dass man die Vorsichtsmaßnahmen ergreife, sei begrüßenswert und jeden Euro wert. Wichtig sei die regelmäßige Überprüfung.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob es auch eine schönere Alternative für den Stabgitterzaun gebe.

Herr Bouillon erläutert, dass Stabgitterzäune dauerhaft seien. Für manche Spielplätze könne man schon überlegen, ob es eine schönere Alternative gebe.

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, diese bewachsen zu lassen.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen fragt nach, ob man die Böschung nicht mit dichten Begrünungen hinbekomme könne.

Herr Bouillon antwortet, dass das auch Thema gewesen sei. Für den Winter sei dies aber keine Lösung. Mit einem Zaun habe man die sicherste Lösung.

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke äußert, dass der Remsstand jeden Tag anders sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es an diesem Tag sogar geregnet habe und die Rems dann einen höheren Stand gehabt habe. Es sei jedoch immer eine situative Aufnahme.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

### zu 3 **Aktuelle Informationen und Ausblick Eurotech**

#### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Dr. Schröder informiert über Eurotech (siehe Anlage).

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach den Ursachen der Gerüche. Außerdem möchte er wissen, ob die Abkehr von Brennwertheizungen eine Chance sei, vom Guss ein Stück wegzukommen.

Dr. Schröder antwortet, dass es ein organisches Bindesystem sei. Die Stoffe müssten mit einem Katalysator zusammenkommen, erst dann würden die Sandkörner zusammenkleben. Man werde im Herbst einen Pilotversuch mit einem neuen Kleber versuchen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, ob der 2-Schicht-Betrieb auf die Auftragslage zurückzuführen sei.

Dr. Schröder antwortet, dass man durchschnittlich im 2-Schichtbetrieb arbeite, es sei aber auftragsgetrieben. Viel mehr könne man kaum leisten, da man sonst auslagern müsse. Dann hätte man aber Zulieferer, was auch nicht schlecht wäre.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 30, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E II "Strutfeld Gewerbe 3. Erweiterung", Gemarkung Bargau**  
**- Entwurfsbeschluss**  
**Vorlage: 031/2020**

**Protokoll:**

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke bedankt sich für die Ausführungen. Er möchte zu bedenken geben, dass hier wieder eine Fläche endgültig versiegelt werde. Es handle sich nicht nur um eine landwirtschaftliche Fläche, sondern sogar um einen schutzwürdigen Bereich. Dessen müsse man sich bewusst sein. Außerdem liege es in einem schutzwürdigen Bereich für Erholung. Es lassen sich immer nachvollziehbare Gründe finden, warum in besonderen Fällen Ausnahmen gemacht werden. Aber gerade der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen und die Reduzierung von versiegelten Flächen werde hier aber immer hintenangestellt, das sei keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Er wünsche sich daher eine ernsthafte Suche nach Alternativen.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass es ein längerer Prozess gewesen sein, bei dem Fachleute und der Ortschaftsrat eingebunden gewesen seien. Der Entwurfsbeschluss sei nun das Ergebnis dieser Vorüberlegungen.

Stadtrat Zengerle/SPD fragt nach, ob die direkte Angrenzung der südlichen Gewerbefläche an das Baufenster des Gebäudes 22 gewollt bzw. mit den Eigentümern abgestimmt ist.

Herr Hackner antwortet, dass dort die Wohnung des Betriebsleiters sei.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bringt die Idee ein, direkt von der Hans-Fein-Straße in das Gewerbegebiet fahren zu können.

Herr Hackner erläutert, dass man das geprüft habe, es wäre aber verhältnismäßig nicht machbar.

Stadtrat Schwab/SPD schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Dr. Benk/Die Linke an.

Er ist der Meinung, dass landwirtschaftliche Flächen zu wenig wertgeschätzt würden. Außerdem fehle ihm das klimaökologische Gutachten in den Vorlagen. Die Fläche sei in dem Gutachten nicht gut bewertet. Man müsse eine Wende beim Bauen vollziehen. Man müsse daher klimaneutral oder sogar klimaverbessernd bauen und im Bestenfalls darauf achten, dass sich die Häuser selbst mit Energie versorgen. Das müsse im Bebauungsplan aufgenommen werden. Wenn es nicht aufgenommen werde, werde er dem Antrag nicht zustimmen.

Auf die Fragen von Stadtrat Dr. Benk/Die Linke antwortet Herr Hackner, dass es sich bereits um Planungen handle, die seit dem Jahr 2018 laufen. Man habe ja vereinbart, dass diese Pläne wie bislang weiterlaufen und dass man die neuen Flächen den neuen gutachterlichen Bewertungen unterwerfen. Weiter führt er aus, dass die Landwirtschaft keine Bedenken gegen die Bebauung der Flächen geäußert habe.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste bittet darum, nicht zu viele Regularien oder Einschränkungen in die Bebauungspläne aufzunehmen. Zudem weiß er von den betroffenen Landwirten, dass sie hier gerne verkaufen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60

nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Feststellung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung,  
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung  
Vorlage: 207/2019**

**Protokoll:**

Herr Bantel führt in die Vorlage ein. Eine Aussprache findet nicht statt. Oberbürgermeister Richard Arnold verweist die Vorlage zur Entscheidung in den Gemeinderat.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20

nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Vergabe der Grünflächenpflege 2020 bis 2022**  
**Vorlage: 034/2020**

**Protokoll:**

Herr Mayer führt in die Vorlage ein und erläutert die Details.

Stadtrat Bläse/CDU sieht die grundsätzliche Notwendigkeit der Fremdvergabe. Er bittet um Auskunft, wie die Firmen überprüft werden. Herr Mayer führt aus, dass umfangreiche Prüfungen stattfinden und auch Kürzungen der Honorierung vorgenommen werden, falls die Leistungen nicht erfüllt werden.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bietet an, die Ortsvorsteher in die Überprüfungen mitaufzunehmen, da sie oft vor Ort präsent seien.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen kann sich nicht vorstellen, den Sebaldplatz fremd zu vergeben. Herr Mayer führt aus, dass dies von den verfügbaren Arbeitskräften her betrachtet zwingend notwendig sei.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste benennt die Schwierigkeiten und Kompliziertheit einer Überprüfung der Fremdvergabe.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich (2 Gegenstimmen) fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Die Stadt Schwäbisch Gmünd bittet um Zustimmung zur Vergabe der Grünflächenpflege vom 06.04.2020 bis 30.11.2022:

1. Grünflächenpflege an Schulen und Hallen an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 40.397,42 EUR pro Jahr.
2. Grünflächenpflege am Schulzentrum Strümpfelbach und an der Uhlandschule an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 17.609,57 EUR pro Jahr.
3. Grünflächenpflege an Lärmschutzwällen und der Böschungen am Josefsbach an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 14.719,58 EUR pro Jahr.
4. Grünflächenpflege an Städtischen Gebäuden an die Firma Maschinenring Ostalb, Hüttlingen, zum Preis von 13.607,45 EUR pro Jahr.
5. Grünflächenpflege im Unipark an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 19.586,59 EUR pro Jahr.
6. Grünflächenpflege in Regenüberlaufbecken an die Firma Maschinenring Ostalb, Hüttlingen, zum Preis von 23.607,21 EUR pro Jahr.
7. Grünflächenpflege in Kindergärten und Kindertagesstätten an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 16.306,72 EUR pro Jahr.
8. Grünflächenpflege an Gemeindestraßen A an die Firma Grün in Form,

Giengen, zum Preis von 39.027,92 EUR pro Jahr.

9. Grünflächenpflege an Gemeindestraßen B an die Firma Klade Group in Österreich, zum Preis von 51.146,24 EUR pro Jahr.

10. Grünflächenpflege auf Bolzplätzen, Landschaftspark Wetzgau und städtischen Grünanlagen an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 50.147,39 EUR pro Jahr.

11. Grünflächenpflege am Sebaldplatz an die Firma Klade Group in Österreich, zum Preis von 10.497,40 EUR pro Jahr.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 7      Ausblick auf künftige Vorhaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## **zu 8      Bekanntgaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## **zu 9      Anfragen**

### **zu 9.1    Corona-Virus - Maßnahmen in den Schulen**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke bittet um Auskunft, ob bei den Schulen genügend Vorsorgemaßnahmen gegen den Corona-Virus getroffen wurden.

Oberbürgermeister Richard Arnold erläutert die vorgesehenen Maßnahmen und beschreibt, warum von der Aufstellung von Desinfektionsbehältern abgesehen wurde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

## zu 9.2 **Bebauung Zeppelinweg**

### **Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft, warum über die Bebauung Zeppelinweg nun nicht berichtet wurde, obwohl Herr Mihm dies signalisiert habe.

Oberbürgermeister Arnold kündigt eine Behandlung im April an.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

## zu 9.3 **Lärmaktionsplan**

### **Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, die Lärmaktionspläne von 2016 ins Ratsinformationssystem einzustellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat:

Gesehen!

Den .....  
Stadtkämmerei: